



Das Land macht sich auf die Suche nach leerstehenden Wohnungen – nicht ohne die Stadt Innsbruck. Foto: iStock

## Mit Kreativität und Sanktionen punkten

Nur NEOS und FPÖ stimmten Leerstandserhebung im Landtag nicht zu. Neue Wege in der Mobilisierung.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Überall dort, wo über einen längeren Zeitraum wenig bis gar kein Strom und Wasser fließen, liegt ein Verdacht nahe: Diese Wohnung steht leer. Denn ohne regelmäßig die Toilette zu spülen und Lebensmittel im Kühlschrank frisch zu halten, lebt es sich halt schwer. Allein in der Landeshauptstadt sollen das an die 3000 Wohnungen sein. Eine Schätzzahl, die auf Noch-Planungsstadtrat Gerhard Fritz (Grüne) zurückgeht. Genau weiß man es nicht.

„Auch die Vermieter sind kreativ, was die Zweckentfremdung von Wohnungen betrifft.“

Beate Palfrader  
(Wohn-Landesrätin, ÖVP)

Das Land Tirol will den Leerstand in und um Innsbruck jetzt aber genauer ergründen. Weil auch das eines von vielen Puzzleteilen sein kann, um das Wohnen in Tirol wieder leistbar zu machen.

Wieso? Nur der, der weiß, wo es wie viel Leerstand gibt und wer auch die Gründe hierfür kennt, kann darangehen, selbigen auch zu mobilisieren. Das will die schwarz-grüne Landeskoalition. Zusammen mit der Liste Fritz brachte sie gestern einen Antrag auf Leerstandserhebung ein. Die Vaterschaft hierfür gestand VP-Klubobmann Jakob Wolf der Liste Fritz zu. Diese hatte Ähnliches bereits 2016 gefordert – und war bei

ÖVP und Grünen damit abgeblitzt. Deshalb wurde der gemeinsame gestrige Antrag auch kurzerhand erweitert. Zunächst soll der Leerstand im Großraum Innsbruck erhoben werden – mit einer Option auf Ausdehnung in andere Tiroler Ballungszentren. Die SPÖ schloss sich dem Antrag an. Nicht so die NEOS und die Freiheitlichen.

Die blauen Bedenken sind mannigfaltig. Nicht nur, dass es um hochsensible Daten gehe, auch vermisst die FPÖ ein Konzept, was mit selbigen danach geschehen solle. Eine im Raum stehende Leerstandsabgabe lehnt sie ab. Klubchef Markus Abwerzger präsentierte den Befürwortern stattdessen sein Konzept: „Schreibt einfach die Eigentümer an. Es gibt ein Grundbuch – da stehen die alle drinnen.“ NEOS-Chef Dominik Oberhofer beschwor zudem das Schreckgespenst des „gläsernen Besitzers“ herauf.

Um das Wohnproblem anzugehen, bedürfe es aller nur denkbaren Mittel – das sagte SP-Parteichefin Elisabeth Blannik. Die Roten stimmten mit „Bauchweh“ zu: „Die Leerstandserhebung ist nicht das Gelbe vom Ei, aber immerhin ein Mosaikstein.“ Weitere müssten folgen: wie eine Durchforstung der Airbnb-Plattformen nach illegal vermieteten Einheiten – gerade in Innsbruck. Und letzten Endes auch „drastische Maßnahmen“. Damit meinte Blannik freilich eine restriktivere Raumordnung zur Mobilisierung gewidmeten Baulandes.

Über Sanktionen ließe auch Wohn-Landesrätin Beate Palfrader (VP) mit sich reden: „In bestimmten Bereichen müssen wir darüber nachdenken.“ Über Leerstandsmeldungen und -abgaben. Für mehr leistbaren Wohnraum dürfe der Kreativität keine Grenze gesetzt werden.

Weniger mit einer Abgabe als vielmehr mit Anreizsystemen wie in Vorarlberg lieb-

„Es braucht keine Leerstandsabgabe – ein Anreizsystem bringt eher was.“

Markus Sint  
(LA, Liste Fritz)

äugelt LA Markus Sint (Liste Fritz). Dort übernimmt eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft für Wohnungsbesitzer das Vermieterrisiko. Gemeinnütziges Makeln nennt sich das. Dafür verbleiben ihr 20 Prozent der Mieteinnahmen. Und die Wohnung steht nicht länger leer.

Die illegale Airbnb-Vermietung von Sozialwohnungen halte sich in Innsbruck in Grenzen, sagt indes Noch-Wohn-Stadtrat Andreas Wancker (VP). Im Sommer 2017 hatte die Stadt einen Kontrollschwerpunkt ausgerufen. Der freie Wohnungsmarkt bleibt allerdings weiter im Dunkeln. Über eine umfassende Leerstandserhebung hat auch die Stadt bereits nachgedacht. Das Problem: Je detaillierter, desto mehr Datenschutzbedenken würden auftauchen.

## Ministerium klopfte bei Tiroler Kasse an

Anfragen, wie lange Kassendirektoren noch im Amt sind, verwundern. AUVA-Einsparungen könnten Tirol treffen.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Sozialversicherungen und Allgemeine Unfallversicherungsanstalt: Seit Tagen wird über Reformen und Einsparungen diskutiert, bei der Fusion der 21 Krankenkassen zu fünf Kassen dürfte bereits am kommenden Mittwoch im Ministerrat der parlamentarische Prozess eingeläutet werden. Während Selbstverwaltung, Vertrags- und Budgethoheit bei den künftigen Regionalstellen der Österreichischen Gesundheitskasse (Gebietskrankenkasse) bleiben sollen, ist die Frage der Beitragseinhebung noch nicht klar. Oberösterreich beharrt darauf, dass das weiterhin durch die Regionalkasse erfolgen soll, Länder wie Tirol würden sich nicht gegen eine zentrale Einhebungsstelle stemmen. Am 23. Mai ist jedenfalls der Ministerratsvortrag geplant.

Dass sich derzeit das FPÖ-geführte Sozialministerium in den neun Gebietskrankenkassen – auch in Tirol – darüber informiert, wie lange die Verträge der Direktoren laufen, sorgt jedenfalls für Verwunderung. Schließlich sind die Funktionsperioden mit fünf Jahren gesetzlich geregelt. Das gilt für die Kassengremien wie auch für den Direktor. In Tirol endet die aktuelle Periode Anfang 2021. Über Hintergründe dieser Aktion aus dem blauen Sozialministerium und wem frei werdende Posten nützen könnten, wird in den Krankenkassen derzeit nur spekuliert.

Diskutiert wird derzeit ebenfalls über Einsparungen bei der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt AUVA,



Tirols Gebietskrankenkasse zahlt rund eine Milliarde Euro an reinen Versicherungsleistungen. Sie soll in eine Österreich-Kasse eingegliedert werden. Foto: Böhm

die in Bad Häring das Rehabilitationszentrum betreibt. Da Tirol im Gegensatz zu anderen Bundesländern kein Unfallkrankenhaus der AUVA hat und Arbeitsunfälle in den

„300 Millionen Euro aus der Versorgung herauszuziehen, wird nicht gehen.“

Bernhard Tilg/VP  
(Gesundheitslandesrat)

zehn öffentlichen Spitälern behandelt werden, erhält die Tiroler Gebietskrankenkasse als Abgeltung einen Pauschbetrag. Österreichweit zahlt die AUVA aus ihrem Budget von 1,4 Mrd. Euro (Bilanz 2016) rund 204 Mio. Euro, auf Tirol entfallen dabei 16,9 Mio. Euro. Das geht aus einem Papier der AUVA hervor.

Schon seit Jahren wird von einer Überbezahlung beim Pauschbetrag von 150 Mio. Euro gesprochen. Sollte vom

Pauschbetrag abgegangen werden, könnte es finanzielle Verluste geben. Das trifft auf Impfungen für die Feuerwehrleute ebenfalls zu, wofür jährlich rund 500.000 Euro ausgegeben werden. Diese Kosten müssten dann die Länder übernehmen. Neu geregelt müsste darüber hinaus die Schüler-Unfallversicherung von vier Millionen Euro werden. Insgesamt macht die Querfinanzierung der AUVA – etwa für Freizeitunfälle (155 Mio. Euro) – insgesamt 447 Mio. Euro aus.

Immer wieder Anlass zur Kritik gibt der Verwaltungsaufwand der AUVA. 92,4 Millionen werden dafür ausgegeben, er beträgt rund 6,5 Prozent. Bei den anderen Sozialversicherungen wie der Gebietskrankenkasse liegt er deutlich unter drei Prozent. Der Abgang bei den Rehabilitationszentren macht pro Jahr rund 61,2 Millionen Euro aus.

## Landtag debattierte über AUVA

**Innsbruck** – Die Tiroler NEOS machten die AUVA gestern im Landtag zum Thema, gemeinsam mit der FPÖ sprachen sie sich für umfassende Reformen aus. Die FPÖ wirft den „Linken“ überdies die Verbreitung von Horrorszenerarien vor. Reformen werden von allen Parteien unterstützt, SPÖ, Grüne und Liste Fritz warnten aber vor Leistungskürzungen. Die

ÖVP ist für einen Abbau von Doppelgleisigkeiten und die Reduktion des Verwaltungsaufwands.

Leistungsharmonisierung und Einsparungen in der Verwaltung seien wichtig, im Zentrum müsse aber der Patient stehen, betonte etwa Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg (VP). „300 Millionen aus der Versorgung herauszuziehen,

wird aber nicht gehen.“ Im Raum stehen bekanntlich Sparmaßnahmen von 500 Mio. Euro. Beitragskürzungen für die Arbeitgeber von 1,3 auf 0,8 Prozent sind geplant. Ein Großbetrieb mit 10.000 Mitarbeitern würde sich dann rund 1,8 Mio. Euro an Beiträgen sparen, ein Kleinunternehmen mit zehn Mitarbeitern 1,836 Euro im Jahr. (pn)

### Kurzmeldungen

#### Tirols Jugend präsentierte Forschungsprojekte

**Wattens** – Die Ergebnisse ihrer Forschungen präsentierten gestern 14 Schulgruppen aus ganz Tirol in Wattens. Wirtschaftskammer Tirol und Förderverein Technik hatten den Wettbewerb „Jugend forscht in der Technik“ ausgerufen. Die Kinder und Jugendlichen reichten Projekte rund um die Themen Informatik, Umwelttechnik, Chemie, Physik und Mathematik ein. (TT)



Zu erneuerbarer Energie forschten Schüler der NMS Landeck. Foto: TT/De Moor

#### Neues Auto war gestohlen

**Innsbruck** – Böse Überraschung für einen Autokäufer aus dem Raum Innsbruck: Als er den in Deutschland erworbenen und bezahlten Wagen in Tirol typisieren und anmelden wollte, stellte sich heraus, dass das Fahrzeug gestohlen war. Die Polizei stellte das Auto sicher, der Kaufpreis ist auch weg. (TT)

#### Mann stürzte im Garten von Leiter

**Wörgl** – Ein Mann ist gestern Nachmittag in seinem Garten verunglückt. Der 69-Jährige stand auf einer Leiter, um einen Ast abzuschneiden. Dabei verlor er das Gleichgewicht und stürzte aus vier Metern Höhe auf die Straße. Mit schweren Verletzungen wurde er ins Krankenhaus Kufstein gebracht. (TT)

#### Fischer fand Granate am Ufer

**Brandenberg** – Ein Fischer meldete der Polizei am Mittwoch eine Fliegerbombe bei der Brandenberger Ache. Tatsächlich war es eine Granate aus dem Zweiten Weltkrieg, die vom Linzer Entminungsdienst noch an Ort und Stelle gesprengt und dadurch unschädlich gemacht wurde. Keine Schäden. (TT)